

01 - Büro der Oberbürgermeisterin

Datum:
30.10.2024

Antrag

Beschließendes Gremium:
Rat der Hansestadt Lüneburg

Änderungsantrag zur Umsetzung der Maßnahmenvorschläge des Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplans (NUMP) (Änderungsantrag der SPD-, CDU- und FDP -Fraktion vom 30.10.2024, eingegangen am 30.10.2024)

Beratungsfolge:		
Öffentl. Status	Sitzungs- datum	Gremium
Ö	30.10.2024	Rat der Hansestadt Lüneburg

Sachverhalt:

Sh. Änderungsantrag der SPD-, CDU- und FDP -Fraktion vom 30.10.2024

e
Anlagen:
Änderungsantrag der SPD-, CDU- und FDP -Fraktion vom 30.10.2024

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:



Stadtratsfraktion
im Rat der Hansestadt Lüneburg



Stadtratsfraktion Lüneburg

Frau Oberbürgermeisterin
Claudia Kalisch
Rathaus
21335 Lüneburg

Lüneburg, den 30. Okt. 2024

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

zur Sitzung des Rates der Hansestadt Lüneburg am 30.10.2024 stellen die Fraktionen von FDP, SPD und CDU zur Vorlage VO/11412/24 (Umsetzung der Maßnahmenvorschläge des nachhaltigen urbanen Mobilitätsplans (NUMP)) folgenden Änderungsantrag:

Der Rat möge beschließen:

1. Der Rat der Hansestadt Lüneburg nimmt die im Erstellungsprozess des NUMP erarbeiteten Maßnahmenempfehlungen zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung legt dem Ausschuss für Mobilität rechtzeitig vor Beginn der Haushaltsberatungen eine Liste konkreter einzelner Maßnahmen vor, die eine Bewertung hinsichtlich ihrer Wirksamkeit, Umsetzbarkeit und ihres Beitrags zur Erreichung der bereits bestehenden Ziele der Hansestadt Lüneburg enthält. Dabei ist eine Priorisierung vorzunehmen, die nach Effizienz und Auswirkungen auf die gesamte Verkehrssituation in der Hansestadt geordnet ist.
3. Der Maßnahmenkatalog ist verkehrsträgerübergreifend zu gestalten und soll dabei die Interessen aller Verkehrsträger und -teilnehmer, sowie die Auswirkungen auf die Verkehrssituation in der gesamten Hansestadt berücksichtigen. Die Polizei und Vertreter der örtlichen Wirtschaft (Handwerkskammer, IHK, LCM) werden zur Bewertung der Sicherheits- und wirtschaftlichen Aspekte eingebunden, um eine umfassende Prüfung der vorgeschlagenen Maßnahmen zu gewährleisten.
4. Die Maßnahmenauswahl und -priorisierung ist in einer Sitzung des Mobilitätsausschusses vorzustellen, in der auch Fragen und Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern Lüneburgs zugelassen werden sollen. Der räumliche Mehrbedarf ist bei räumlichen Planung angemessen zu berücksichtigen.
5. Die Finanzierung der priorisierten Maßnahmen wird im Rahmen der jeweiligen Haushaltsplanungen geprüft. Dazu sind Fördermöglichkeiten von Bund und Land sowie weitere externe Finanzierungsoptionen mit zu prüfen. Vorhandene personelle

und finanzielle Ressourcen sind zielgerichtet für die Maßnahmenumsetzung einzusetzen. Sollte die Planung und Umsetzung der priorisierten Maßnahmen zusätzliche Ressourcen erfordern, so sind diese im Stellenplan und im Haushaltsplanentwurf mit entsprechender Begründung einzustellen.

6. Es ist ein Beschluss über die konkrete Maßnahmenauswahl zu fassen.

Begründung:

Dass verkehrliche Veränderungen in unserer Stadt notwendig sind, bezweifelt niemand. Um einen besseren Überblick über sinnvolle Veränderungen zu bekommen, haben wir ein Planungsbüro beauftragt, die Kosten wurden uns in nichtöffentlicher Sitzung bekanntgegeben.

Ein nachhaltiger urbaner Mobilitätsplan (NUMP) muss ein Gesamtkonzept liefern, das sich aus vielen Einzelmaßnahmen zusammensetzt.

Der verkehrsträgerübergreifende Ansatz ist entscheidend, um die unterschiedlichen Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger, einschließlich der Gewerbetreibenden, des Lieferverkehrs und der Dienstleister zu bedienen und die Mobilität in Lüneburg zukunftsfähig und realistisch zu gestalten.

Dabei müssen lokale Partikularinteressen hinter übergeordnete Interessen zurücktreten. Belange der Wirtschaft, der Gastronomie, des Handwerks und von Dienstleistern haben den gleichen Stellenwert wie die von Verkehrslobbygruppen.

Genauso ist immer auch die Situation Lüneburgs als Oberzentrum in unserer Region zu berücksichtigen: Menschen aus dem Landkreis und darüber hinaus werden immer nach Lüneburg gelangen müssen. Sie sind auf die Einrichtungen in der Hansestadt angewiesen, wir auf die Besucher und Kunden von außerhalb.

Die Entscheidung, welche Maßnahmen wann und wie umgesetzt werden, müssen transparent öffentlich diskutiert werden. Die Entscheidung müssen die gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Lüneburger Einwohnerinnen und Einwohner treffen und nicht ein nichtöffentlich tagender Arbeitskreis, dessen genaue Zusammensetzung nicht einmal allen Mitgliedern des Ausschusses für Mobilität der Hansestadt Lüneburg bekannt sind.

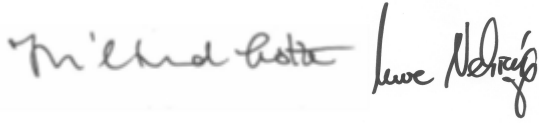
Die Verkehrswende kann nur dann erfolgreich sein, wenn alle Beteiligten frühzeitig eingebunden werden und die Bevölkerung über die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit der Maßnahmen informiert ist. Dabei ist auch relevant, ob es sich auch um Maßnahmen handelt, die finanziell und personell abbildbar sind in unserer Hansestadt. Der nachhaltige Erfolg der Maßnahmen hängt von ihrer praktischen Umsetzbarkeit und ihrer Akzeptanz in der Bevölkerung ab.

So wichtig die Veränderungen in der jetzigen Verkehrsinfrastruktur der Hansestadt Lüneburg sind, so darf niemals vergessen werden, dass die personellen und vor allem auch die finanziellen Ressourcen der Hansestadt limitiert sind. Als gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Lüneburger Bevölkerung sehen wir - auch wenn wir unterschiedliche Schwerpunkte setzen - unsere Gesamtverantwortung für alle Menschen.

Transparenz, Pragmatismus, Ideologiefreiheit und die genannte Gesamtverantwortung stellen wir gerade bei der Veränderung der Verkehrssituation in den Vordergrund.

Mit freundlichen Grüßen

Hiltrud Lotze, Uwe Nehring

Handwritten signatures of Hiltrud Lotze and Uwe Nehring in black ink.

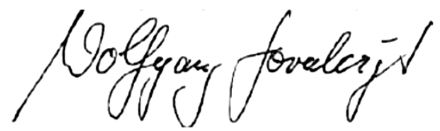
für die SPD-Fraktion

Frank Soldan

Handwritten signature of Frank Soldan in black ink.

für die FDP-Fraktion

Wolfgang Goralczyk

Handwritten signature of Wolfgang Goralczyk in black ink.

für die CDU Fraktion